

# Selbstverständnis der Plattform für ein humanes Bleiberecht

## Präambel

Weltweit sind ca. 60 Millionen Menschen<sup>1</sup> - Männer, Frauen und Kinder - auf der Flucht. Sie müssen ihre Heimat aufgrund von Kriegen, Bürgerkriegen, politischer Unterdrückung, religiöser Unduldsamkeit, Missachtung wegen ihres Geschlechts oder der geschlechtlichen Orientierung, Verknappung ihrer Überlebensmittel oder wirtschaftlicher Verelendung verlassen. Das sind oft genug wirtschaftliche und politische Gegebenheiten, die von den Ländern des Westens, also der EU und der USA, verursacht werden. Nur wenige von ihnen gelangen nach Europa, noch weniger nach Österreich, und immer weniger erhalten hier die Möglichkeit zu bleiben.<sup>2</sup>

Die rechtliche Situation von Flüchtlingen und MigrantInnen in Österreich und der EU hat sich in den letzten Jahren stark verschlechtert. Positive erwünschte und für alle vorteilhaften Wirkungen von Migration dringen kaum ins Bewusstsein der Öffentlichkeit. So trägt die Migration wesentlich dazu bei, die Finanzierung der Sozialsysteme in Europa besser abzusichern.<sup>3</sup>

Seit dem Herbst 2007 haben sich viele Menschen in Österreich auch öffentlich für Flüchtlinge eingesetzt.<sup>4</sup> In diesem Zusammenhang wurden verschiedene Vorschläge für ein gesetzliches Bleiberecht diskutiert und auch innerhalb der Bundesregierung eine sehr restriktive Regelung getroffen.

---

<sup>1</sup> Die Flüchtlingsstatistik des UNHCR nennt für 2006 20.751.900 Personen, die von Hilfsorganisationen als Flüchtlinge betreut werden. Darunter zählen sog. Konventionsflüchtlinge, Asylsuchende, Binnenvertriebene und Staatenlose. Siehe <http://www.unhcr.at/statistiken/einzelansicht/article/11/weltweit-weniger-fluechtlinge-mehr-binnenvertriebene.html>. Weitere 40 Millionen Flüchtlinge werden vom UNHCR als nicht von Hilfsorganisationen erreicht geschätzt. Die Gesamtzahl der MigrantInnen auf der Welt, einschließlich Arbeitsmigration und Binnenwanderungen, beträgt laut Weltbevölkerungsbericht 2006 191 Millionen Menschen. (vgl. Oswald, Ingrid: Migrationssoziologie. Konstanz: UVK, 2007: 73ff.)

<sup>2</sup>

Vgl. <http://www.asyl.at> <http://www.ecre.org>

<sup>3</sup>

Jeffrey Sachs nennt folgende wesentliche ökonomische Vorteile von Migration: ImmigrantInnen verstärken im Zielland das Arbeitsangebot in Bereichen, in dem Mangel herrscht; das Herkunftsland profitiert von beträchtlichen Transferleistungen der MigrantInnen; Migration erreicht eine relative Vereinheitlichung des Anspruchsniveaus der Belegschaften, wodurch Effekte eines Lohndrucks aufgehoben werden. (vgl. Sachs, Jeffrey: Wohlstand für Viele. München: Siedler, 2008: 298ff.). Darüberhinaus wurde verschiedentlich darauf hingewiesen, dass die v.a. für die Sozialversicherungssysteme relevante "demographische Lücke" nur durch Einwanderung geschlossen werden kann. (Vgl. etwa Fischler, Franz: Europa - der Staat, den keiner will. Salzburg: Ecwin, 2006: 205ff.)

<sup>4</sup>

Der "Fall" Arigona Zogay ist sicherlich der bekannteste Anlassfall. Schon im Frühjahr 2007 wurde anlässlich der langjährigen Asylverfahren über einen generellen Abschiebestopp diskutiert.

Mit der folgenden Grundsatzklärung nehmen wir als Plattform für ein humanes BLEIBERECHT zu dieser Situation Stellung. Wir bemühen uns, über die Beschränkung der Diskussion auf ein eingeschränktes Bleiberecht als gewissemaßen letztes Mittel für einige wenige Gruppen von Flüchtlingen, denen die Abschiebung droht, legal Aufenthalt zu erlangen, hinauszugehen.

Indem wir für ein HUMANES Bleiberecht eintreten, sehen wir uns verpflichtet, weitreichendere Forderungen zu erheben, die momentan noch visionär erscheinen mögen. Mit diesen Überlegungen möchten wir dazu beitragen, die Diskussion über die grundsätzliche Richtung des Umgangs mit Flucht und Migration auch für Positionen zu öffnen, die manche zwar eigentlich als richtig, aber „realpolitisch“ gesehen als radikal oder utopisch empfinden könnten.

Wir wissen, dass sich diese Forderungen nicht von heute auf morgen realisieren lassen werden. Wir wissen, dass es dazu einen langen Atem braucht und dass es weitreichender gesellschaftlicher Veränderungen - nicht nur in Österreich - bedarf, um die Ungleichheiten, Diskriminierungen und den Raubbau an natürlichen und sozialen Ressourcen auch im globalen Rahmen zu beenden. Statt diese Ursachen in Angriff zu nehmen, wird die EU mit großem finanziellen Aufwand zu einer „Festung Europa“ ausgebaut. Die neu aufgestellten Grenzsperranlagen und ihre militärischen Organisationen wie Frontex<sup>5</sup>, Rabits<sup>6</sup> etc. fordern täglich Menschenleben.

Als PLATTFORM für ein humanes Bleiberecht werden wir auf der Grundlage des folgenden Programmpapiers über die Schritte, die zur Verwirklichung dieser Forderungen richtig, notwendig und konkret möglich, sowie die mittel- und kurzfristigen Ziele, die dabei zu verfolgen sind, diskutieren. Wir laden dazu ein, diese Forderungen und Vorhaben mit uns gemeinsam zu erarbeiten und diese weiteren Schritte mit uns zu gehen.

---

<sup>5</sup> Siehe: <http://de.wikipedia.org/wiki/Frontex>

<sup>6</sup>

Siehe: [http://de.wikipedia.org/wiki/Rapid\\_Border\\_Intervention\\_Team](http://de.wikipedia.org/wiki/Rapid_Border_Intervention_Team)

# Programmpapier: Für ein humanes Bleiberecht

*Bei nachfolgendem Satz gab es trotz langer intensiver Diskussion zwei verschiedene Positionen, die wir beide im nächsten Absatz darstellen:*

Als Plattform treten wir für ein gesichertes Bleiberecht für alle Mitmenschen ein, die in Österreich leben wollen.

Als Plattform treten wir für ein gesichertes Bleiberecht für alle Mitmenschen ein, die in Österreich leben wollen, weil sie ihre Heimat verlassen mussten.

Ein solches Bleiberecht ist ein grundlegender Anspruch, der in allen Ländern Geltung haben soll.

Ein Bleiberecht darf nicht zu einem Privileg werden, das lediglich unter bestimmten Voraussetzungen gewährt oder versagt werden kann. Denn jede Regelung, die das Bleiberecht an Voraussetzungen knüpft, wie Dauer des Aufenthalts oder Grad der Integration, schließt ganze Gruppen von Menschen vom Recht, sich in Österreich sicher aufzuhalten aus, und privilegiert damit einige wenige MigrantInnen, während andere um so mehr unter Druck kommen, abgeschoben zu werden. Es ist inkonsequent und unlogisch, ja eigentlich zynisch, von Mitmenschen, denen man bisher keine Möglichkeiten geboten hat, sich im Alltag des gesellschaftlichen Lebens zu integrieren, zu fordern, sie sollten die eigene Integration nachweisen, um sicher in Österreich bleiben zu dürfen. Daher ist es in jedem Fall Aufgabe der politisch Verantwortlichen, jene Möglichkeiten zu schaffen, die die Integration von Mitmenschen, deren Zukunft momentan noch unsicher ist, ermöglicht.

Wir treten gleichzeitig dafür ein, dass alle Mitmenschen, die sich in Österreich aufhalten möchten, Zugang zu Arbeit, Wohnungen, Bildung und Gesundheitsversorgung erhalten. Jede Regelung, die MigrantInnen aus dem regulären Arbeitsvertrags- und Sozialversicherungssystem ausschließt, fördert Schwarzarbeit, Kriminalisierung und die Entstehung eines Niedriglohnsektors. Gleichzeitig gerät das Sozialsystem dadurch, dass für MigrantInnen reguläre Arbeitsverhältnisse vielfach unzugänglich sind, mangels Beiträgen unter Druck.

Jede Ausschließung von MigrantInnen aus dem Sozialsystem kann - wie die Erfahrung aus anderen Ländern zeigt - nur dazu führen, dass später auch alle anderen im sozialen Sicherungssystem zunehmend schlechter gestellt werden. An MigrantInnen wird vorexerziert, was später auch „Einheimischen“ droht!

Wir treten für gleiche Rechte für alle Mitmenschen in Österreich ein, so wie es in jedem Land der Welt selbstverständlich sein sollte. Wir nehmen es daher nicht hin, dass Rechte, die für „Einheimische“ und EU-BürgerInnen selbstverständlich sind, wie Bewegungsfreiheit innerhalb Österreichs, freie Wahl des Wohnorts, Zugang zu Rechtsvertretung, vielen Gruppen von MigrantInnen versagt werden. Insbesondere treten wir jedenfalls für die Abschaffung der Schubhaft ein, auch solange ein

umfassendes und bedingungsloses Bleiberecht noch nicht erlangt ist. Denn Schubhaft - als Haft ohne Delikt! - ist stets ein Eingriff in den verfassungsrechtlich anerkannten und allen Mitmenschen zustehenden Schutzbereich der menschlichen Würde!

Gleiche Rechte bedeutet auch: Recht auf Teilnahme am demokratischen Prozess. Wir treten daher dafür ein, dass MigrantInnen die uneingeschränkte Möglichkeit erhalten, politisch mitzubestimmen und Funktionen zu übernehmen. Ebenso wenig wie seinerzeit ein fehlendes Frauenwahlrecht gerechtfertigt sein konnte, kann es heute legitim sein, eine ganze Bevölkerungsgruppe von der politischen Mitbestimmung auszuschließen!

Ein humanes Bleiberecht beinhaltet, dass wir unseren Mitmenschen, die ihre Heimat verlassen mussten, eine zweite Heimat und ein Leben in Würde bieten!

Wir fordern daher sowohl von allen politisch Verantwortlichen als auch von jedem/jeder in unserer Gesellschaft einen verantwortungsvollen Umgang mit Mitmenschen, die nicht das „Glück“ haben „einheimisch“ zu sein!